

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

10 Pfennig

Freitag

21. Mai 1926

Berlin und Anzeigenabteilung: Gedächtnis-Verlag GmbH. Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-207

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Oberstaatsanwalt Jäger.

### Das Verhalten eines öffentlichen Anklägers.

Man stelle sich folgendes vor: Ein siebzehnjähriges Mitglied des Roten Jungsturms erschießt einen andern, wird verhaftet, verweigert jede Aussage und gerät dadurch in den Verdacht, einen Raubmord begangen zu haben. Wenige Wochen vor der Verhandlung sucht der Angeklagte ein Schreiben eines folgenden Inhalts an zwei prominente Mitglieder der kommunistischen Zentrale aus dem Gefängnis zu schmuggeln:

Werte Genossen, Ihr wißt, daß ich die Tat in Eurem Auftrag begangen habe. Ich habe Euch bisher nicht verraten und will Euch nicht verraten. Aber das Opfer, als gemeiner Raubmörder verurteilt zu werden, kann ich für die Partei nicht bringen. Laßt mich durch den Verteidiger einen Weg mitteilen, wie ich die Tat als unzweifelhaft politische hinstellen kann, ohne die Anstiftung durch Euch zu enthüllen. Wenn Ihr mir keinen solchen Weg sagt, bin ich gezwungen, in der Hauptverhandlung Euren Schuldannteil preiszugeben.

Was würde geschehen? Am nächsten Tag würden die beiden Mitglieder der kommunistischen Zentrale hinter Schloß und Riegel sitzen. Falls sie Abgeordnete wären, würde sofort der Antrag auf Aufhebung ihrer Immunität beim Parlamente eingehen.

In genau dieser Situation aber hat einen Brief genau des gleichen Inhalts Grütte-Lehder an die völkischen Abgeordneten Wulle und Kube durchzuschmuggeln versucht. Erfolglos. Der Brief fiel in die Hände des Oberstaatsanwalts Jäger, und was tat dieser? — Er legte den Brief in die Akten und schwieg...

Eine Woche später läuft ein Beweis Antrag der Verteidigung des Grütte-Lehder bei Gericht ein. Inhalt: Die völkischen Abgeordneten hätten gegenüber der ungarischen Regierung bei den Auslieferungverhandlungen um Grütte-Lehder die ehrenwörtliche Erklärung abgegeben, daß die Tat eine politische sei. Sie müßten daher etwas über den Charakter der Tat wissen, es werde beantragt, sie als Zeugen zur Hauptverhandlung zu laden.

Die Entscheidung über diesen Antrag fällt Landgerichtsdirektor Bombe. Er und der Oberstaatsanwalt Jäger wissen viel mehr noch als dieser Schriftsatz behauptet. Sie wissen, daß Grütte-Lehder diese Abgeordneten als Anstifter seiner Tat bezeichnet. Was tut Herr Bombe? Er lehnt den Beweis Antrag ab. Das eigene Wissen des Gerichts verschweigt er in der Begründung der Ablehnung.

In der Hauptverhandlung tritt Grütte-Lehder mit seiner Beschuldigung gegen die Abgeordneten öffentlich hervor. Wird jetzt das Gericht, wird jetzt der Oberstaatsanwalt Jäger die Abgeordneten laden lassen? Erst recht nicht! Bei den Akten liegt der schwer belastende Kaffiber. Wird das Gericht ihn wenigstens zum Gegenstand der Verhandlung machen? Wird Oberstaatsanwalt Jäger dies beantragen? Nicht einmal das! Dabei haben mindestens Oberstaatsanwalt Jäger, Landgerichtsdirektor Bombe und der Urteilsfasser, Landgerichtsrat Bornbaum, den Kaffiber gefannt.

In den Urteilsgründen unterstellt das Gericht gnädigst als wahr, daß der Angeklagte subjektiv glauben konnte, zu seiner Tat angestiftet zu sein. Ob die Anstiftung tatsächlich erfolgt ist, prüft das Gericht nicht. Es sei zu lange Zeit seitdem verfloßen! Ein Jugendlicher wird verurteilt, ohne daß das Gericht die behauptete Anstiftung durch prominente Erwachsene sachlich nachprüft. Ein Urteil in einer Mordsache also, das einen Haupt- und Kardinalpunkt trotz Möglichkeit der Prüfung einfach offen läßt.

Grütte-Lehder ist verurteilt. Er hält seine Beschuldigungen gegen Wulle und Kube aufrecht. Der Oberstaatsanwalt Jäger hat für alles nur ein ungläubiges Kopfschütteln. Nun erklärt Grütte-Lehder, jedes Vertrauen zur Justiz verloren zu haben und nur noch vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß ausfragen zu wollen.

Jetzt ist die Justiz gerettet: „Durch das weigerliche Verhalten des Grütte-Lehder wurde die Untersuchung gegen Wulle und Kube bisher außerordentlich erschwert.“

Das Ganze nennt sich Rechtsprechung!

### Ausreden!

Korrespondenz BS. melbei:

Wie bekannt, werden Reichstag und Landtag sich jetzt mit dem Antrag auf Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Kube und Wulle zu beschäftigen haben. Wie wir hierzu erfahren, haben die beiden Abgeordneten ihre Fraktionen ersucht, zur Klarstellung der ganzen Angelegenheit bei der Beschlußfassung ebenfalls für die Aufhebung der Immunität zu stimmen.

Der Abg. Wulle betont in einem Schreiben, daß er bereits am 5. Februar das Justizministerium, die Staatsanwaltschaft und die politische Polizei ersucht habe, gegen ihn zur Aufklärung des Tatbestandes ein Verfahren einzuleiten. Wulle erklärt, daß Grütte-Lehders Aussagen pathologische Lügen seien und veröffentlicht im Anschluß daran einen Brief des Vaters Grütte-Lehders, des Oberpostsekretärs Paul Grütte aus dem Mai 1925. In diesem an Herrn v. Graefe gerichteten Schreiben behauptet Grütte-Lehder sen., daß sein Sohn in einer Art putativer Notwehr gehandelt habe, als er Müller erschossen habe. Müller habe sich von Grütte-Lehder beobachtet gefühlt und habe eines Tages zu Grütte-Lehder sen. geäußert: „Womit hat Ihr Sohn mächtigen Respekt.“ Ich habe ihm geantwortet: „Grütte wenn Sie sich mir gegenüber widerständig zeigen, schieße

ich Ihnen eine Kugel durch den Kopf.“ Diese Drohung ist nach Ansicht des Oberpostsekretärs ernst gemeint gewesen und sein Sohn habe durch die Ermordung Müllers lediglich verhindern wollen, daß ihm später dasselbe Schicksal von Müller bereitet werde.“

Das Schreiben Wulles verschlechtert seine Lage nur. Festgestellt ist bisher, daß die Aussagen Grütte-Lehders der Wahrheit entsprechen, während sich die Behauptung Wulles, daß er Grütte-Lehder nur einmal gesprochen habe, als unwahr erwiesen hat. Welche Beweislast nun gar der angebliche Brief des Oberpostsekretärs Grütte haben soll, ist unerfindlich. Derartige „Beweise“ sind lediglich faule Ausreden.

### Gestern noch auf stolzen Rossen...

Die Völkischen erheben ein Jammergeschrei, daß der Untersuchungsausschuß den Antrag, Wulle und Kube innerhalb 24 Stunden zu vernehmen, abgelehnt hat. Herr Kube war schon einmal vor den Untersuchungsausschuß auf den 15. März geladen worden. Damals sandte er diesen unverschämten Brief:

Auf das Schreiben des Herrn Landtagsarchivars vom 11. März teile ich Ihnen mit, daß ich am Montag, 15. März, nachmittags 2 Uhr, vor dem Preussischen Ausschuss nicht erscheinen werde. Ich habe an diesem Tag als Mitglied des Reichstages in einer Wählerversammlung der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu sprechen und halte diesen Vortrag für ganz erheblich wichtiger als Ihren Ausschuss. ... Der Reichstag hat nämlich erheblich mehr zu tun als der Landtag von Breußen oder Lippe-Deimold. Ich erkläre mich grundsätzlich damit einverstanden, Ihre Sitzung einmal zu besuchen, bestimme aber selbst den Zeitpunkt dafür.

Die entstandenen Vorkosten in Höhe von 0,40 Mk. ersuche ich umgehend auf das Postcheckkonto August Buhlmann, Berlin 50 464, zu überweisen. Ich habe nicht die Absicht, mit Ihnen in einen Briefwechsel einzutreten, der mich noch Geld kostet, und ersuche Sie, in Zukunft Rückporto beizulegen.

Wilhelm Kube, R. d. R.

Der Ausschuss hat also nur im Sinne des Herrn Kube selber gehandelt, da er ja gar nicht wissen konnte, ob nicht Herr Kube wieder einmal „Wichtigeres zu tun“ haben würde, als vor dem Ausschuss zu erscheinen. Inzwischen wird die Staatsanwaltschaft ja wohl endlich den gestern im Ausschuss angekündigten Antrag auf Freigabe zur Strafverfolgung gegen die beteiligten Abgeordneten bei den Parlamenten gestellt haben. Dann hätten sie ja Gelegenheit, ihre Aussagen zu machen, die sie im Prozeß Grütte-Lehder von selbst nicht ergriffen haben.

### Das Gold der Bank von Frankreich.

Die Regierung verlangt, die Bank verweigert es.

Paris, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Dem „Quotidien“ zufolge soll zwischen der Regierung und der Bank von Frankreich ein Konflikt ausgebrochen sein, der die Verwendung des Goldes der Bank zur Frankensicherung betrifft. Bereits in der Besprechung am Mittwochabend beim Präsidenten der Republik hätten Brand und der Finanzminister Pécet die Vertreter der Bank von Frankreich aufgefordert, der Regierung ihr Gold zur Verteidigung des Franken zur Verfügung zu stellen, was diese abgelehnt hätten. Der Ministerrat habe am Donnerstag beschlossen, mit allen Mitteln die Bank zur Aenderung ihrer Haltung zu veranlassen. Die Bank sei vorläufig aufgefordert worden, binnen 24 Stunden ihre endgültige Antwort zu erteilen, über die der für Freitag anberaumte Ministerrat zu beraten haben wird. Nödigensfalls soll dieser Ministerrat scharfe Maßnahmen gegen die Leitung beschließen.

### Mussolinis Gewerkschaftsschwindel.

Aufdeckung verboten.

Rom, 21. Mai. (WZB.) Der „Rondo“ wurde gestern abend beschlagnahmt, da er, wie verlautet, in einem Leitartikel gegen die Behauptung des Premierministers angefaßt hätte, daß der liberal-demokratische Staat der Vergangenheit angehöre, weil der Faschismus glaube, den neuen Staat auf die Gewerkschaften gründen zu können. „Rondo“ wandte gegen diese Auffassung ein, daß der liberal-demokratische Staat anderswo in Europa und in Amerika mit seinen liberalen demokratischen Idealen noch lebendig sei, und daß die neue Art, mit der die Gewerkschaftsorganisation in Italien eingerichtet worden sei, dem Wesen der Gewerkschaften nicht gerecht werde.

### Das Schwarzhemd nur den Männern.

Rom, 21. Mai. (WZB.) Ein Rundschreiben des Generalsekretärs des Faschismus verbietet allen faschistischen Frauen- und Mädchenvereinen die Uniform des Faschismus, d. h. das schwarze Hemd, zu tragen. Dieses Schwarzhemd sei das Zeichen des Kampfes der Partei und solle daher von den Frauen und Mädchen, die sich der karitativen Tätigkeit widmen sollten, nicht getragen werden. (Sollen denn für die große Körperliche Frauen nicht zu Hyänen werden dürfen? Red.)

**Vollstimmung über Alkoholverbot.** Der Gouverneur des Staates New York unterzeichnete die Vorlage, nach der eine Volksabstimmung darüber stattfinden soll, ob die Einzelstaaten berechtigt sind, zu bestimmen, was als berauschendes oder nicht berauschendes Getränk gelten soll. Mit der Unterzeichnung ist die Vorlage rechtskräftig geworden.

## Frankensturz und Finanznot.

Maßnahmen gegen Valutaspekulation.

Der katastrophale Sturz des französischen Franken hat in Frankreich die lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Der Franken steht jetzt bereits niedriger als die tschechische Krone. Die Lebensmittelpreise steigen. Man will bemerkt haben, daß jetzt auch die Kapitalflucht aus Frankreich in stärkerem Umfange einsetzt. Genau wie bei uns in der Blütezeit der für manche Leute so „schönen“ Inflation wächst jetzt in Frankreich das Mißtrauen gegen die eigene Währung, und man versucht durch die Flucht in fremdes Geld oder in Sachwerte sich den Konsequenzen der Entwertung zu entziehen. Valutahyänen, jene Schieberregimenten, die überall sind, wo man aus der Geldentwertung Nutzen ziehen kann, sorgen natürlich dafür, daß die in anderen Ländern gemachten Erfahrungen möglichst schnell in Frankreich weite Verbreitung finden. So ist neuerdings dieses Land, ebenso wie früher Italien, zum Reiseziel der Hochvalutarier geworden, wozu auch jetzt Deutsche gehören, um einige Wochen auf Kosten des französischen Volkes, das mit der Frankenentwertung die Rechnung bezahlt, ein billiges und veranagtes Dasein zu führen.

Es ist alles dort genau so, wie es bei uns in Deutschland gewesen ist, als Herr Poincaré sich Mühe gab, Deutschland eine schuldhaftige Verfehlung und eine bewusste Zerstörung seiner Währung nachzuweisen. Innerpolitisch sind in Frankreich die Gefahren des Währungsschwundes größer als in Deutschland, weil der Rentenstand in Frankreich eine viel größere Rolle spielt als bei uns. Diese Last hat aus der Not eine Tugend werden lassen insofern, als lange Zeit hindurch die französische Bevölkerung es ablehnte und es zum Teil noch heute ablehnt, an die innere Notwendigkeit des Frankensturzes zu glauben. Die Furcht vor der Entwertung aller Rententitel nährte immer wieder die Hoffnung, daß eine Regelung der internationalen Schulden zusammen mit Stützungsaktionen und mit dem Eingang der Reparationszahlungen die Aussichten für den Franken wieder bessern würde. Jeder neue Fehlschlag in den internationalen Schuldenverhandlungen reizt jedoch die Spekulation, jede hinausgezögerte Sanierung der französischen Finanzen, jede neue Teuerungswelle rückt die Gefahr näher, daß genau so wie in anderen Ländern die Notepresse zur Überbrückung der Augenblicksschwierigkeiten herhalten und damit den Franken weiter sinken lassen muß.

International ist eine Lösung um so schwieriger, als natürlich das Scheitern der letzten Schuldenverhandlungen das amerikanische Kapital mißtrauisch gemacht hat und als zu den französischen Währungsnotden gleichzeitig der Sturz der italienischen Lire und ein scharfer Kurssturz des polnischen Zloty eingetreten ist. Auch der belgische Franken wurde von der neuerlichen Zerrüttung der internationalen Währungen scharf mitgenommen. Alles das wirkt zusammen nach der Richtung, daß die internationale Finanzschwere Bedingungen stellt und sich vorwärts zurückt, ehe sie ihre Mühsal zu einer Sanierung der Währungen hergibt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß man in Frankreich zunächst nach denselben Mitteln ruft, die auch in anderen Ländern angewandt wurden, um dem Währungssturz Einhalt zu gebieten. Man erwägt die Schaffung einer Devisenzentrale, scharfe Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und gleichzeitig wird auch der Einsatz der Goldreserve der Bank von Frankreich zum Ausgleich der Devisenlücke gefordert. Wir, die wir mit all diesen Dingen ausreichende Erfahrung haben, wissen, daß derartige Zwangsmassnahmen nur dann von Erfolg begleitet sein können, wenn sie zugleich mit einer gründlichen Vorsorge für die dauernde Gesundung der Staatsfinanzen und der Währungsverhältnisse verbunden sind. Viel Zeit ist in Frankreich schon über Debatten verloren gegangen, wie wir sie auch bei uns erlebt haben. Man stritt sich, ob Kapital oder Verbrauch den größeren Anteil an den Staatslasten nehmen sollen, ohne zu bedenken, daß der Kampf um die dauernde gerechte Verteilung der Steuerlasten nur dann wirksam geführt werden kann, wenn eine stabile Währung vorhanden ist. Die Inflation ist die brutalste Steuer auf Arbeitskraft und Verbrauch. Anstatt darüber zu diskutieren, ob dieser oder jener Teil des Volkes theoretisch mehr Steuern tragen soll, müßte man also jetzt mit der größten Entschiedenheit darauf hinarbeiten, wie angesichts der außerordentlichen Schwierigkeiten die Stabilisierung der Währung wenigstens provisorisch erfolgen kann.

Deutschland ist an der Sanierung des französischen Franken besonders interessiert, weil eine engere Verknüpfung der Wirtschaftsinteressen der beiden aufeinander angewiesenen Länder nicht zustande kommen kann, so lange eins von beiden mit Hilfe des sinkenden Geldwertes einen Scheuderegiment betreiben kann und bis zu einem gewissen Grade muß. Es wäre daher denkbar verfehlt, über den Niedergang des Franken ein Gefühl besonderer Befriedigung zu empfinden. Im Gegenteil sollten sowohl die maßgebenden deutschen Kreise wie auch die französische Regierung nach Möglichkeiten suchen, die tatsächliche Gemeinsamkeit der Interessen beider Länder dahin auszunutzen, um auch in dieser wichtigen Wirtschaftsfrage zusammenzuarbeiten und eine Art Interessengemeinschaft herzustellen. Es läßt sich sehr wohl denken, daß auf der Basis einer engen Verflechtung der deutschen und französischen Interessen das deutsche Volk dazu berufen sein kann, seine Stimme und seine Wirtschaftskraft mit in die Waagschale zu legen, wenn es sich

darum handelt, die ungeheure Störung der internationalen Handelsbeziehungen zu beseitigen, die zwangsläufig mit einer schweren Währungszerstörung Frankreichs verbunden sind. Eine derartige Verständigung müßte aber auf das schnellste gesucht werden, wenn schlimmeres Unheil für die europäische Wirtschaft vermieden werden soll.

## Wozu „bolschewistische Revolution“?

Um Geld für die Rechtsparteien herauszuschlagen.

Das zunächst als sinnlos erscheinende Geschwätz der Rechtspresse von der demnächst in Deutschland beginnenden „bolschewistischen Revolution“ hat in Wahrheit einen sehr metallenen Sinn, nämlich den, die wohlhabenden Kreise des Bürgertums in eine zahlungsfreudige Stimmung zu versetzen, um die leeren Kassen der Rechtsparteien aufzufüllen.

Der bekannte günstige Wind wehte uns dieses Schreiben des faßsam bekannten „Bürgerrats“ Voebell'scher Führung auf den Tisch:

Bürgerrat von Groß-Berlin. Berlin W. 9, den 17. Mai 1926.

Im Januar dieses Jahres hatten wir uns erlaubt, an Sie die Bitte zu richten, unsere Bestrebungen auch für das laufende Geschäftsjahr durch eine Beitragsleistung zu unterstützen. Da eine Entscheidung in der Angelegenheit Ihrerseits bisher nicht erfolgte, so gestatten wir uns, unsere Bitte zu wiederholen, indem wir auf die damals mitgeteilte Begründung verweisen.

Anzwischen ist — in Sonderheit durch die Vorgänge der letzten Tage — eine politische Situation geschaffen, aus der heraus seiens der marxistisch-kommunistischen Bewegung gegen das gesamte Bürgertum Sturm gelaufen wird. Hierdurch ist die schon seit längerer Zeit unserem Lande drohende revolutionäre Gefahr, die Gefahr der bolschewistischen Bewegung, vergrößert worden.

Dieser planmäßigen Vorbereitung einer neuen Revolution gegenüber hat die Bürgerratsbewegung die Pflicht, Maßnahmen bereitzustellen, um im Notfall als Abwehrorganisation in Tätigkeit treten zu können.

Daneben wird es des Eingreifens unserer Bewegung, insbesondere des Bürgerrats von Groß-Berlin, bedürfen, wenn mit der zu erwartenden Besserung unseres Wirtschaftslebens sich zwecks Erriingung höherer Löhne anomaltisch eine Streikwelle über das Land erglehen wird.

Zur Durchführung der genannten Aufgaben, die erhebliche Anforderungen an die Tätigkeit des Bürgerrats von Groß-Berlin stellen werden, bedürfen wir ausreichender Mittel. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Sie uns bei der Aufbringung dieses Kampffonds durch Ueberweisung eines größeren Beitrages unterstützen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bürgerrat von Groß-Berlin.

Der Finanzausschuß. I. A.: Dr. Landsberg.

Man bemerke: Auf einen Beteiligungsbrief vom Januar ist keine Antwort gekommen. Deshalb muß ein neuer Brandbrief losgelassen werden, der mehr Erfolg haben soll. Um diesen Erfolg zu sichern, bringt man die „bolschewistische Revolution“ als nahe bevorstehende in Erinnerung. Schließlich, so denkt der „Bürgerrat“, kann kein kapitalistischer Geldschrank widerstehen, wenn man ihm mit „Bolschewismus“ winkt. Noch wirksamer aber erscheint die Erinnerung daran, daß bei Besserung der Wirtschaft die Arbeiter allgemein bessere Entlohnung verlangen könnten. Gegen eine solche „Streikwelle“ will der „Bürgerrat“ aufmarschieren. Voebell, der Präsident und Dr. Landsberg, der Finanzausschussmann, wollen gemeinsam als Streikbrecher auftreten. Dazu braucht der „Bürgerrat“ Geld, und um das zu bekommen, braucht er die „bolschewistische Revolution“.

Im Schwindeln ist die Gefolgschaft der Hohenzollern schon immer groß gewesen. Der Schwindel von der nahe, womög-

lich gar zu Pfingsten bevorstehenden „bolschewistischen Revolution“ ist aber so abgeschmackt, daß ihn auch die Geldschranke der Angebetelten verstehen werden. Denn schließlich ist ein Unternehmer doch zuerst Kaufmann. Und da wird er sich hüten, auf ein so faules Angebot hereinzufallen, wie der Voebell-Rat es ihm macht.

Der als „Kommunisteninfektion“ ausgeschrieene Rotefrontkämpfer-Tag zu Pfingsten ist — wenn nicht Lockspiegel dabei wirksam werden — sehr harmloser Natur. Er wird eine Anzahl von Blatkonzernten, „Volksfesten“, Begrüßungsabenden, „Gemütliches Zusammensein“ mit Kaffeefläche und Tanz und dergl. schöne Dinge aufzeigen. Auch eine gemeinsame Kundgebung im Volkspark Neutölln mit Schalmeienbläsern und sonstigen Spielern, und — nicht zu vergessen — ein „Vorbeimarsch vor der Bundesleitung“!

Nun ist eine Revolution mit Schalmeienbläsern, Kaffeefläche und Vorbeimarsch sicher keine „bolschewistische Revolution“. Die Behauptung, daß sie mit dem Pfingsttreffen des Roten Frontkämpferbundes eingeleitet werden, ist so dumm, daß sie nur in der Hugenberg-Claf-Presse und in den Bettelbriefen des geldarmen Voebell-Rats verbreitet werden kann. Sonst glaubt sie kein Mensch!

Um die Mär von der kommunistischen Revolution und ihrer Unterstützung durch den Berliner Polizeipräsidenten glaubhafter erscheinen zu lassen, hatte das Blatt von Claf und Sodenstern auch behauptet, Polizeipräsident Grzesinski habe am Montag gelegentlich einer Besprechung einem Gruppenkommandeur Vorwürfe gemacht, daß dessen Beamte bei der Sicherung der monarchistischen Kundgebung am Sonntag „zu scharf gegen die Kommunisten vorgegangen“ sei. Jetzt ist die „Deutsche Zeitung“ gezwungen, eine Berichtigung wiederzugeben, wonach „der Polizeipräsident weder am Sonntag noch am Montag mit irgendeinem Gruppenkommandeur überhaupt gesprochen und zu keiner Zeit und keiner Dienststelle keinem Beamten oder Offizier Vorwürfe der ange deuteten Art gemacht“ habe.

Der durchsichtige Schwindel ist schnellstens aufgedeckt, wobei wir die Bemerkung nicht unterlassen wollen, daß solche Vorhaltungen an Offiziere und Beamte, die wirklich zu schroff vorgegangen wären, durchaus verdienstlich hätten sein können.

## Das Hugenberg-Konsortium.

Die Hausfuchungen bei den Industriekapitänen.

Die Aktion der preussischen Polizei hat durch die Maßnahmen bei der Reichswehr, die Minister Dr. Kütz im Reichstag ankündigte, ihre Rechtfertigung gefunden. Hätte diese Aktion keinen anderen Erfolg als den, Verbindungen zwischen der Reichswehr und staatsfeindlichen Organisationen aufgedeckt und zerstört zu haben, so wäre sie schon dadurch als ein notwendiges Unternehmen zum Schutz der bestehenden Staatsordnung gerechtfertigt. Es bleibt also höchstens die Anklage gegen die Polizei übrig, den Kreis ihrer Untersuchungen zu weit gezogen und unbeteiligte Personen behelligt zu haben.

Diese Anklage erhebt gegen sie der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. Pinkerneil in der „Täglichen Rundschau“. Er bezeichnet die Putschpläne recht wohlwollend als „mehr oder weniger ernstzunehmende Spielereien“, und er meint, Leute, die damit ihre Zeit verbrachten, könnten schon „Hausfuchungen betreiben“. Desto empört er über die Hausfuchungen bei Böglar, Wislat, Boewenstein, Rirdorff und Prof. Bernhard, die nach seiner Ueberzeugung „mit Putschisten nicht in einem Atem genannt werden dürfen“. Wie kam es aber zu den Hausfuchungen bei diesen Herren? Nach Dr. Pinkerneil ist die Lösung des Rätsels sehr einfach:

„Durch die Steuerbehörden war es möglich, hinter die Garantien der Hugenberg'schen Unternehmungen zu kommen, das Kollegium der Männern der Wirtschaft, das sie vermalte. Ein enges Einvernehmen zwischen Steuerbehörde und Kriminalpolizei führte

zu Hausfuchungen bei diesen genannten Herren, die eine Art Aufsichtsrat der sogenannten Hugenberg'schen Unternehmungen darstellten.“

Man darf Herrn Dr. Pinkerneil für diese Aufklärungen danken. Die Leute, bei denen gehausucht wurde, sind also Garantien der Hugenberg'schen Unternehmungen. Claf hat den Bürgermeister Neumann-Lübeck für seine Putschpläne zu werben versucht und sich dabei auf sein Einverständnis mit Hugenberg berufen. Dadurch wurde dieser für die Polizei interessant — nur wegen seiner Abgeordneneigenschaft einzig er selber der Hausfuchung. Die Polizei kannte aber auch, meint Dr. Pinkerneil, die „Garantien der Hugenberg'schen Unternehmungen“, und diese Unternehmungen sind, wie Dr. Pinkerneil zugeben wird, nicht nur wirtschaftlicher, sondern ganz vorwiegend politischer Art.

So zeigen Dr. Pinkerneils Ausführungen nicht nur, daß die Hausfuchungen bei den Garantien des Claf-Freundes Hugenberg sachlich berechtigt waren, sondern auch, daß weitere eingehende Untersuchungen notwendig sind.

Welche Beziehungen bestehen zwischen den Unternehmungen von Claf und den Unternehmungen von Hugenberg? Wann wird Claf als Beschuldigter und der immune Hugenberg zunächst als Zeuge über diese Frage vernommen werden?

## Sehnsucht nach dem Linksputsch.

Hat man keinen, macht man einen.

Die „Rote Fahne“ schreibt:

Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, haben die schwarzweikroten Organisationen zu Pfingsten verschiedene ihrer Mitglieder beauftragt, bewaffnet in Uniform und mit Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes, am Aufmarsch der Roten Frontkämpfer teilzunehmen, um unter allen Umständen bewaffnete Zusammenstöße mit der Polizei zu provozieren.

Dazu wird uns aus Bremen gemeldet, daß am Dienstag auf dem Bureau des Roten Frontkämpferbundes zwei Spiegeln Waffen, Leuchtpistolen und Totschlagger abgenommen wurden.

Die „Rote Fahne“ bestärkt damit unsere Auffassung, daß die Rechtsputschisten durchaus einen Kommunistenputsch haben wollen. Daß sie uns trotzdem wegen dieser Auffassung noch in derselben Nummer Schurken und Verbrecher nennt, ist offenbar nur ein redaktionelles Versehen.

## Die Ludendorff-Legende.

General François zerkrört sie.

Daß ein sonst dummer Mensch auf einem Spezialgebiet Tüchtiges leistet, kommt vor. Und so hat man sich auch oft die merkwürdige Erscheinung zu erklären versucht, daß Ludendorff ein bedeutender Feldherr gewesen sein soll. Indes sind neuerdings Kritiker am Werk, vor denen die Legende von Ludendorffs Feldherrngroße nicht standhält.

Vor einiger Zeit hielt General a. D. v. François einen Vortrag über Tannenber, in dem er den Namen Ludendorff gar nicht erwähnte. Darob Standal beim Vortrag selbst und völkische Gegenkundgebung des Oberstleutnants a. D. Ahlemann.

Nun veröffentlicht v. François in der „Täglichen Rundschau“ einen Aufsatz, in dem er ausführlich, er habe bei seinem Vortrag über Tannenber den Namen Ludendorff in dessen eigenem Interesse verschwiegen, denn hätte er ihn genannt, so hätte er sagen müssen, daß die Schlacht von Tannenber verloren worden wäre, wenn man die nervösen, teils überleiteten, teils wieder verpäpseten Befehle Ludendorffs befolgt hätte!

General v. François, der Führer des 1. Armeekorps bei Tannenber, belegt seine Behauptungen im einzelnen.

„Man sieht in mir Tannenber,“ sagte Ludendorff im Münchener Gerichtsaal. Und bei einer anderen Gelegenheit: „Ich habe die Schlacht von Tannenber gewonnen.“ Nach v. François wäre das erste eine optische Täuschung, das zweite ein historischer Irrtum.

## Schattmann: Die Hochzeit des Mönchs.

Uraufführung im Dresdener Opernhaus am 19. Mai.

In Dresden läßt es sich der rührige General Fritz Brisch an-agen sein, einen Ueberblick über zeitgenössisches Opernschaffen zu geben. Es hagelt nur so Uraufführungen, Neueinstudierungen. In einem Ronet Weiß und Schattmann, im nächsten den Puccinische „Turandot“, und zwischen durch ein neu bearbeiteter unbekannter Verdi. Alle Hochachtung vor diesem Eifer und Wagemut. Vielleicht geht dabei etwas von Stil- und Richtungscharakter verloren, weil man von links und von rechts her die Werte feiert, wie sie fallen. Aber es ist Leben da, und für uns Berliner bleibt es ein wenig befruchtend, daß wir zu Neuem von der Spree an die Elbe fahren müssen.

Diese Schattmann'sche Oper nun steht zwischen rechts und links. Sie ist ein Kompromiß und ist nicht gerade neu. Dstermann schrieb das Buch, frei nach einer Renouissance-Novelle von C. F. Meyer. Es ist eine poetische, reine und geschickte Bearbeitung, im psychologischen Kern nicht sehr tief, im handlungsmäßigen nicht unkompliziert, aber die Sprache hat Glanz, die drei Akte streben heftig zu einem großen Konflikt. Ist dieser auch am Ende himmels, mindestens aber verständig, so klingt doch auch vieles durch, was lebendig gefühlt ist und dem Komponisten reiche Stichworte hinwirft. Nur das Gerippe der Handlung kann hier erzählt sein: Babua, 13. Jahrhundert. Der Graf Biedomini hat einen Sohn, Astorre, der als Mönch Benedictus die Schmerzen der Karmisten lindert. Als sein zweiter Sohn im Felde getötet wird, verflucht der Alte die päpstliche Bulle, nach der Astorre von der Priesterschaft betreit ist. Gleichzeitig nimmt der sterbende Vater dem Sohn das Gelübde ab, sich mit Diana, der Tochter des Grafen Bizzaguerra, zu vermählen. Astorre verspricht es widerwillig. Zugleich entdeckt er seine Reigung zu Antiope, der Tochter einer mahnbefangenen Gräfin Olympia aus dem Geschlecht der Kanofa. Die Pflicht zum Gelübde und die Liebe kämpfen in Astorre, zwischen den beiden Frauen tobt die Leidenschaft, den Geliebten zu erobern. Unter Gefühl wählt und entscheidet sich für die zarte Reigung der Antiope; aber Diana ruft auf den letzten Willen eines Toten. Dieser letzte Wunsch wird durch die Wahnsinnige vereitelt. Sie läßt ihr Kind mit Astorre trauen und findet bei der heiligen Handlung — Wunder Gottes! — ihre geistige Gesundheit wieder. Diana aber verlangt Ruhe und bestimmt sie selber: ein einziger Kuß des sinnlich Geliebten soll am Tag der Hochzeit ihre Rache stillen. In leidenschaftlicher Hingabe ersticht sie Astorre und sich selber.

Dreifache Entschuldigun für die Krankheiten und Effekte des Buches: 13. Jahrhundert, Italien, C. F. Meyer. In der Komposition ist alles an Romantiken und Leidenschaftlichen noch schärfer betont. Aber schließlich kennt die Renouissance-Literatur noch schlimmere Morde. Musik konnte mildern, erklären, vereinfachen, veredeln. Alfred Schatmann unterstreicht kompliziert, macht Lauter, Ungehöriges noch verwegener. Er kann sehr viel und hat noch mehr an Vorbildern gelernt. Von dieser sind Strauß, Puccini, Verdi die Hauptgötter. Viel schöner Gesang, Bildhaftes, kirchliches, Weibliches kennzeichnet eine christliche fühlende, zum Ausstromen cantablen Unten bereite Musikantenfeste. Auch die motivische Arbeit

im Stürillen, Pathologischen, Abschreckenden ist gekonnt, ist deutlich und effektiv. Doch auch persönlich? Die Partitur läuft trotz der Lautheit und Deutlichkeit des Ausdrucks streckenweis ganz leer, und die gehobenen Affekte der Liebe finden nicht den Komponisten eigener, sondern überströmender Begeisterung. Das Handwerk löst gar zu oft die Inspiration, die Routine, den Erfolg eines reinen Willens ab. Sympathisch ist diese ganze Art schon darum, weil Modernes nur zur Färbung, nicht als Selbstzweck erkannt, astaltet ist. Ansätze zu großer dramatischer Linie überall, aber sie sehen aus, finden sich erst auf Umwegen wieder und enden zuletzt in knalligen Pointen oder ermüdenden Stillständen. Schattmann ist klug genug, um, mit 50 Jahren seine erste Oper hörend, eigene Mängel zu erkennen. Er ist in der Ehrlichkeit seiner künstlerischen Arbeit auch dann zu loben, wenn diese „Hochzeit“ nicht zu einem dauernden Bündnis von Willen und Können geführt hat. — Die Aufführung war glänzend. Vor allem wühlten Plöschke, Taucher, Schöpf, Lin und die außerordentliche Burthardt dem Willen des Komponisten und der anfeuernden Gebärde Busch gerecht zu werden. So kam ein respektabler, wenn auch nicht großer Erfolg für den hochbegabten und doch sehr bescheidenen Schattmann heraus.

Kurt Singer.

Teuerfeier für Professor Dr. Peter Jessen. Eine Gedächtnisfeier für den verstorbenen langjährigen Direktor der Staatlichen Kunstbibliothek, Geheimrat Prof. Dr. Peter Jessen, fand gestern in dem Hörsaal des alten Kunstgewerbemuseums statt. Die Trauerversammlung füllte den großen Saal bis auf den letzten Platz. Schwarzumkleidete Mäntel, grüne Pflanzen und weiße Blüten schufen eine weiche Stimmung. Das hanemannische Streichquartett leitete mit einem Adagio von Bruckner die Feier ein. Dann ergriff der Amtsnachfolger Professor Jessens, Direktor Dr. Glaser, das Wort. Er gedachte des unermülichen Wirkens des Verstorbenen zum Wohle des ihm anvertrauten Instituts, das er nicht nur vermalte, sondern ausgestaltet und schließlich sogar völlig neu aufgebaut habe, so daß die einstige Fachbibliothek heut eine umfassende Kunstbibliothek darstellt. Aber der unermüliche Gelehrte spannte sich nicht in seine Facharbeit ein. Ueberall war er zur Stelle, wo es galt, neues Kunststreben tatkräftig zu fördern, im Auslande wie in der Heimat. In Deutschland hat er als erster die Aufmerksamkeit auf die englischen Lapetendrucke gelenkt; das deutsche Buchwesen fand durch ihn wirksamste Unterstützung; die deutsche Modenindustrie verdankt ihm Belehrung und Förderung. Mit dem Gelübnis der Treue zum Werke Peter Jessens schloß der Vortragende. Die Verdienste des Verstorbenen auf einzelnen Fachgebieten würdigten im Anschluß daran Staatsminister a. D. Albert für den Freundeskreis der Staatlichen Kunstbibliothek sowie Vertreter des Vereins für deutsches Kunstgewerbe und des Reichsverbandes der deutschen Modenindustrie.

Ein wichtiger sozialistischer Neudruck. Im Verlag J. H. W. Dieß Nachf., Berlin, ist Franz Mehrings „Lefing-Legende“ — zur Geschichte und Kritik des preussischen Despotismus und der klassischen Literatur — in neuer Auflage erschienen. Da dies bedeutsame Werk seit einiger Zeit vergriffen war, ist mit seinem Neudruck eine fühlbar gewordene Lücke in der sozialistischen Literatur wieder ausgefüllt. Die Lefing-Legende ist nicht nur eine vorzügliche

Darstellung von Lessings Leben und Wert, sondern zugleich eine ausgezeichnete Schilderung des Zeitalters Friedrichs II. von Preußen. Friedrich Engels schrieb über die Lessing-Legende: „Sie ist bei weitem die beste Darstellung der Entstehung des preussischen Staates, die existiert, ja ich kann wohl sagen, die einzig gute, in den meisten Dingen bis in die Einzelheiten hinein richtig die Zusammenhänge entwickelt.“ Die neue Ausgabe des Buches ist auf gutem Papier gedruckt und in gediegenes Ganzleinenband gebunden, sie kostet 6,50 Mark.

Arbeitsphysiologie auf der Gesolei. Das Institut für Arbeitsphysiologie, eine der Forschungsstätten der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, hat auf der Gesolei in Düsseldorf in der Gruppe Gewerbehygiene (Halle 37) eine Ausstellung über Arbeitsphysiologie eingerichtet, die einen Ueberblick über die bisherigen Forschungsergebnisse gibt. Auf 30 überfüllten Tafeln, wie auch an einer großen Anzahl bewegter und unbewegter Figuren und Apparate werden die Aufgaben, Methoden und Ergebnisse dieser jüngeren erfolgreichen Wissenschaft dargestellt. Das Institut hat sich bisher vorwiegend mit der Physiologie der industriellen Arbeit und des Sports beschäftigt, wird sein Forschungsgebiet jetzt aber auch auf die landwirtschaftliche Arbeit und den Bergbau ausdehnen. Eine allgemein verständliche Schrift „Rationelle Arbeit“ ist zur Eröffnung der Gesolei herausgegeben und sowohl in der Ausstellung wie im Institut Berlin N., Invalidenstr. 103a, kostenlos erhältlich.

Die Gefahren der Amalgam-Füllungen. Prof. Alfred Stod, der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie in Dahlem, macht aus persönlichen Erfahrungen heraus auf die „heimtückliche Furchtbarkeit des Quecksilbers“ aufmerksam. Seine Untersuchungen brachten ihn seit 25 Jahren vielfach mit Quecksilber in Berührung. Fast ebensolange hatte er über mannigfache Beschwerden zu klagen, die im Laufe der Jahre ständig zunahmen; Kopfschmerzen, heftiges Schwindelgefühl, Sehstörungen, Entzündungen der Augen und der Mundschleimhaut, vor allem aber Unlust zur Arbeit und starkes Nachlassen des Gedächtnisses. Auch bei seinen Mitarbeitern machten sich diese Symptome, die auf eine schleichende Vergiftung schließen ließen, in härterer oder geringerer Maße geltend. Spät erst kam man zu der Erkenntnis, daß das verdampfende Quecksilber, das sich in tausendstel und hundertstel Milligramm in einem Kubimeter der Laboratoriumsluft festhalten ließ, die Ursache all dieser physischen Störungen war. Nachdem man entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen, kamen all diese Erscheinungen bei den davon Befallenen allmählich zum Verschwinden. Die vielfach verwendeten Amalgam-Füllungen enthalten auch Quecksilber und Prof. Stod ist der Ansicht, daß dieses im Munde langsam verdunstet und durch seine Einatmung zu einer allmählichen Quecksilbervergiftung führt. Er wät daher dringend, daß die Zahnheilkunde künftig auf die Verwendung der gefahrbringenden Amalgamfüllung verzichtet.

„Anst von heute“. Die Ausstellung, die von der Volkshilflichen Kunstschau im Warenhaus S. Dieß, Alexanderplatz, organisiert wurde, hat einen außerordentlich reichen Inhalt aufzuweisen. Die Ausstellungsleitung hat deshalb beschloffen, die Ausstellung bis 31. Mai zu verlängern. Die Schenkung ist täglich von 9 bis 7 Uhr bei freiem Eintritt zu besichtigen.

## Zentrum und Schwarzrotgold.

### Die katholischen Arbeiter gegen die Flaggenverordnung.

Das Organ der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, verwahrt sich in längerer Ausführungen gegen den Versuch, die Schwarzrotgoldene Fahne zu verdrängen und den Farben der Monarchie wieder den Weg zu ebnen:

Schwarzrotgold ist und bleibt das Symbol des alten Dreikönigsreiches, des Deutschlands der Privilegien und Vorrechte der einen und der Bevormundung der andern. Schwarzrotgold ist das Symbol des kleindeutschen Staates. Und Schwarzrotgold ist das Symbol des werdenden sozialen Volksstaates, des Staates der inneren Freiheit und Gleichheit der Staatsbürger. Schwarzrotgold ist das Symbol Großdeutschlands. Was soll nun die Einheitsflagge symbolisieren? Kompromiß und Halbheit sind doch wirklich nicht so achtbare Dinge, daß ihr Symbol lebendige Menschen anziehen und mitreißen können!

Die Arbeiterschaft steht zu Schwarzrotgold. Die katholische Arbeiterschaft ganz sicher! Man mache sich nur keinen blauen Dunst vor, als ob die katholische Arbeiterschaft innerlich einen Flaggenwechsel mitmache! Der in der Flaggenverordnung liegende Versuch, die schwarzweißroten Farben stärker zur Geltung zu bringen, ist nicht nur in der sozialistischen, sondern auch in der katholischen Arbeiterschaft sehr unwillig aufgenommen worden. Das schwarzrotgoldene Reichsbanner ist uns heilig. Jeder Versuch, diese Flagge zurückzudrängen oder gar zu beseitigen, wird von uns katholischen Arbeitern Westdeutschlands als Frevel empfunden. Wenn darum die Zentrumspartei gut beraten ist, so läßt sie ihre Finger von solchen Experimenten weg. Achtung vor dem Symbol der Reichsverfassung, der Flagge Schwarzrotgold! Je entschiedener gerade die Zentrumspartei sich zur schwarzrotgoldenen Reichsflagge bekennt, um so eher wird diese Flagge die deutsche Einheitsflagge sein. So stellen wir uns die Lösung der Flaggenfrage vor.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat wiederholt versucht, einen politischen Kurs einzuschlagen, der auf die Opposition der katholischen Arbeiterschaft stieß. Sie hat damit schlechte Erfahrungen gemacht. Der Angriff auf die Farben der Republik zeigt, daß auch einer Partei, die sich demüht, zwischen den Parteien der Rechten und der Linken einen Ausgleich zu finden, Grenzen gezogen sind. In der Flaggenfrage wird sich das Zentrum klar entscheiden müssen. Hier gibt es kein Kompromiß.

## Die polnische Präsidentenwahl.

### Wird Pilsudski doch kandidieren?

Warschau, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Nationalversammlung dürfte am heutigen Freitag auf nächsten Freitag oder Sonnabend nach Warschau einberufen werden, um den Präsidenten der Republik zu wählen. Da die Hälfte der Abgeordneten und Senatoren zur Beschlußfähigkeit genügt, brauchen sich nicht allzu viele von der Rechten zu beteiligen, wenn sie nicht wollen. Drei oder vier Präsidentenposten Marshall Pilsudski sei. In der Sitzung der Sejm stattfinden — vielleicht seine letzte Sitzung. Die Polnische Sozialistische Partei und die drei anderen Linksparteien haben den Beschluß gefaßt, daß der einzig mögliche Kandidat für den Präsidentenposten Marshall Pilsudski sei. In der Sitzung der deutschen Sozialisten und des jüdisch-sozialistischen „Bund“ wurde der gleiche Beschluß gefaßt. Man spricht davon, daß die Rechte den ehemaligen Präsidenten Wojcieszowski als Kandidaten aufstellen wolle. Die gesamte Linke erklärt dies für eine Provokation, die kaum möglich sei.

## Kohlendebatte im Unterhaus.

London, 20. Mai. (W.T.B.) Unterhaus. Auf eine Anfrage antwortet die Regierung, man könne annehmen, daß durch den Generalstreik die Zahl der Arbeitslosen um weit mehr als eine halbe Million gestiegen sei.

In der Finanzdebatte führte Snowden (Arbeiterpartei) unter anderem aus: In den letzten 18 Monaten sind die Ausgaben jährlich um 30 Millionen Pfund Sterling gestiegen. Anstatt die Zeit, in der die Regierung Zuschüsse für die Kohlenindustrie gewährt, zu benutzen, um die Kohlenindustrie auf eine gesunde wirtschaftliche Grundlage zu stellen, hat die Regierung die Kohlenindustrie in eine schlimmere Lage kommen lassen, als diejenige vom Juli v. J. war. Jeder Pfennig der sich insgesamt auf 24 Millionen Pfund Sterling belaufenden Regierungszuschüsse bedeutet eine Vergewaltung. Die Arbeiterpartei tritt wegen der ungeheuren Vermehrung der Ausgaben für eine Ablehnung der Vorlage ein. Unter Auspielung auf das Schuldenabkommen mit Italien gab Snowden der Hoffnung Ausdruck, daß Churchill nicht wieder die finanziellen Interessen Englands opfern werde. Im weiteren Verlauf seiner Rede nahm Snowden dann nochmals zu dem Streit Stellung. Er erklärte u. a.: Ich hoffe, daß alle Parteien aus dem letzten Streit ihre Lehre gezogen haben. Wenn man überall einen Geist des Wohlwollens einzeln lassen könnte, so würde man sehen, daß die britische Industrie in weitem Ausmaße zu neuem Leben erwacht. Snowden schloß seine Rede unter Beifall mit dem Wunsch, daß man eine neue Ära beginnen und im Geiste der Zusammenarbeit versuchen möge, sowohl dem Standpunkt der Arbeiterschaft als auch dem des Kapitals nach Möglichkeit gerecht zu werden, und zwar nicht im Interesse eines Teils des Volkes allein, sondern in dem des Landes als eines Ganzen.

Hg. Bildich (Kons.) gab seiner Freude über den Geist des Schlusses der Rede Snowdens Ausdruck.

### Schätzlicher Churchill

sagte, er hätte Snowden, einschuldigen zu wollen, wenn er über die Schuldenverhandlung mit Frankreich keine Mitteilungen mache, denn die Verhandlungen dauerten noch an und er erwarte, daß Peret sehr bald nach London zurückkehren werde. Sodann führte Churchill aus: Die englischen Finanzen sind gesund; sie können einen langen und sehr heftigen Sturm überleben. Sollte die Arbeitseinstellung in den Kohlenwerken innerhalb dieses Monats beendet werden können, so wird sich nicht die Notwendigkeit der Einbringung eines neuen ergänzenden Budgets oder von Sondersteuern im laufenden Jahre ergeben. Es hängt von der Dauer der Arbeitseinstellung ab, ob die dem Nationalvermögen zugefügten Schäden wieder gutzumachen sind oder nicht. Die Zukunft ist selbstverständlich ernst. Man muß ihren Problemen jedoch mit der gleichen Entschlossenheit entgegenzutreten, mit der man sehr ernsten Schwierigkeiten begegnete. Es wäre eine große Ungerechtigkeits gegenüber der Landwirtschaft und vielen anderen Industrien, wenn man sich zu einer Politik der ständigen Subventionierung der Kohlenindustrie verpflichten würde. (Beifall auf der Regierungsseite.) Jedermann weiß, daß das nur Gegenmaßnahmen Deutschlands und anderer Länder zur Folge haben würde.

Das Unterhaus hat sich schließlich bis zum 1. Juni vertagt.

Berichterstattung. In dem Bericht in der Morgenausgabe über die Ausführungen des Gen. Dittmann im Ausschuss zur Erforschung der Ursachen des Zusammenbruchs hieß es: „Die Untersuchungen sind nur geleistet worden unter Erklärungen für einen annexionalistischen Frieden. Die Leute sind wegen ihrer politischen Gesinnung zum Tode und zu Zuchthaus verurteilt worden. Nach dem Urteil der maßgebenden Juristen der Marineregierung war das Urteil wegen vollendeten Aufstands persöhnlich.“ Es mußte selbstverständlich heißen „für einen annexionalistischen Frieden“ und „unberechtigt“.

## Sühne.

Eine jugendliche, sportgestaltete Gestalt mit sonnenverbrannten, intelligenten Zügen vor den Schranken des Schnellgerichtshofs wegen eines Warenhausdiebstahls. Es handelt sich um ein Objekt von nur zwei Mark. Aber der Angeklagte ist schwer vorbestraft, hat den Beruf seines Vaters, der ein hohes Richteramt bekleidete, „juristisch“ negativ vermerkt. Das Urteil lautet: „... Sechsen Monate Gefängnis... Gewohnheitsmäßiger Dieb!“

Im Zuschauererraum werden Stimmen laut, die von drakonischer Härte dieses Urteils sprechen. Da wendet sich eine Frau, ein statlicher, schöner Mensch, zu den Murrenden: „Ganz recht geschieht ihm. Es gibt noch ausgleichende Sühne auf der Welt... Drei frische, blühende Mädchen, die der südbastie Leichtsinns und das Stellungselend heimlich auf die Straße gejagt, hat er ausgebrutet, krank gemacht und ins Krankenhaus gebracht...“

Vorn beim Gerichtshof steht kein Ankläger auf, der Strafanzug wegen Körperverletzung stellt. Strenger Richtergeist hat unbewußt ein sühnendes Urteil gefällt. Drüben im Sudetenland oder steht täglich ein verzweifelter Rutterherz einen guten Schuhengel an, ihren ungeratenen Sohn vor neuer Strafe zu bewahren. Und nun ist es doch geschehen. Und es waren uns zwei Mark...

### Prügel für Jürgens?

Ein Berliner Mittagsblatt veröffentlicht einen Vorfall, der sich im Moabiter Untersuchungsgefängnis zugetragen haben soll und in dessen Mittelpunkt der dort in Haft befindliche Landgerichtsdirektor Jürgens steht. Am 9. Mai war Kirchgang. Die Häftlinge traten vor ihren Zellen an und sollten von den Aufsehern in die Kirche geführt werden. Die Häftlinge haben in der Kirche einige Bewegungsfreiheit und ihnen ist dort die Möglichkeit gegeben, leichter als sonst miteinander in Verbindung zu kommen. Bei dieser Gelegenheit sollen zwei Sträflinge den Landgerichtsdirektor Dr. Jürgens erkannt haben, der sie früher zu schweren Strafen verurteilt hatte. Als die Wächter den Kirchenraum verlassen hatten, stürzten sich die beiden auf Jürgens und verabreichten ihm eine kräftige Tracht Prügel. Jürgens schrie wie befehlen um Hilfe und konnte erst nach längeren Bemühungen von den Wärttern befreit werden. Dieser Vorfall soll die Ursache dafür gewesen sein, daß der Verprügelte ins Lazarett geschickt werden mußte. Die Häftlinge sollen für die liebevolle Behandlung ihres jetzigen „Kollegen“ Arreststrafen erhalten haben.

Wie uns auf Anfrage im Moabiter Untersuchungsgefängnis vom Oberdirektor der Gefängnisleitung mitgeteilt wird, soll an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sein und die Weidung soll jeder Grundlage entbehren. Denn Dr. Jürgens sei ja ein großer kräftiger Mann, der sich seiner Angreifer schon gewehrt hätte. Sei dem nun wie es wolle, die Geschichte ist so, daß sicherlich nur zu viele wünschen werden, daß sie trotz des Demerits der Gefängnisleitung wahr sein möge.

## Internationale Kundgebung der Arbeiterjugend.

### Auftakt für Amsterdam.

Die sozialistische Arbeiterjugend Berlins veranstaltete gestern Abend im Saalbau Friedrichshain eine große Kundgebung als Auftakt für das internationale jugendliche Genossen hatten sich die Amsterdamfahrer aus Österreich, Polen und der Tschechoslowakei in großer Zahl eingefunden. Als erster Redner sprach Genosse Pleszl-Osterreicher.

Unsere internationale Kundgebung in Amsterdam wird vor allem den Zweck haben, über die Wirtschaftfrage, über Arbeitsrecht und Jugendschutz in gemeinsamer Arbeit zu beraten. Die Arbeiterjugend arbeitet in enger Verbindung mit der Partei und den Gewerkschaften. Nur durch sie werden in den Parlamenten der einzelnen Länder Jugendgesetzgebungen zu erreichen sein. Genosse Paul aus der Tschechoslowakei begrüßte namens seiner Landsleute die Berliner Jugend. Ein gewaltiges Fest des Friedens soll unsere Amsterdamer Tagung werden. Sie wird das Gedächtnis an den Weltkrieg in den Vordergrund stellen. Auch heute noch ist die Gefahr eines Krieges vorhanden, solange Menschen wie Mussolini und Ludendorff noch Anhänger haben. Wir junge Menschen müssen in den Herzen und Hirnen der Jungarbeiter das Bewußtsein stärken, daß nur durch die Solidarität der Arbeiter aller Länder die brutale Nacht und der Krieg ausgeschaltet werden kann. Genosse Simon-Landau-Polen betonte, daß das erstmalig die Banner der polnischen Landesorganisation in Nachbarländer getragen worden. Wir haben in den letzten Tagen schwerwiegende Ereignisse in unserem Vaterlande miterlebt. Eine reaktionäre Regierung, die sich auf ein überlebtes Parlament stützte, ist beseitigt. Spontan, aus eigenem Willen hat sich unsere Jugend mit eingereiht in die Reihen der Kämpfer, um für die Demokratie zu kämpfen. Die arbeitende Jugend Polens hat am Sonntag die aktive Teilnahme am Kampf durch eine offizielle Kundgebung bekräftigt. Wir arbeiten mit den deutschen Minderheiten in Polen freundschaftlich zusammen und freuen uns, auch jetzt mit den deutschen Genossen freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen zu haben. Dann betrat die Genossin Frühbrodt das Podium, um vom Wollen und Sehnen der Arbeiterjugend und -mädchen zu sprechen. Unsere Jugend hat sich freigemacht vom mobilisierenden Zwange der Religion und von bürgerlichen Lebensformen. Das ist unser bescheidener Anfang, um Menschen heranzubilden, die in der Idee des Sozialismus aufgehen. Reicher Beifall dankte den Rednern für ihre Worte. Ungefähr 80 Jugendgenossen aus Berlin haben gestern Abend noch die Reise nach Amsterdam angetreten, um an den großen Kundgebungen des internationalen Jugendtages teilzunehmen.

## Greife als Sittlichkeitsverbrecher.

Zwei Greife, die das biblische Alter bald erreicht hatten, standen gestern unter der Anklage des forgerischen Sittlichkeitsverbrechens vor dem Großen Schöffengericht Vichtenberg. Der große, stattliche Herr mit dem wallenden Vollbart, der ihm bis auf die Brust reicht, ist ein 73 Jahre alter Feuerwehrmann a. D. R. Neben ihm ist ein ebenso alter Hefelehrer R. angeklagt. Beide sollen im Sommer vorigen Jahres in Woltersdorf fortgesetzt sich an einen 12 Jahre alten Schulmädchen vergangen haben. Wie die eingehend geführte Beweisaufnahme ergab, haben die beiden alten Leute das Kind unter Versprechungen und Geld an sich gelockt. R. besitzt in Woltersdorf eine Kramhandlung, die das kleine Mädchen des öfteren aufsuchte. Sie erledigte Bejorgungen für den alten Mann und so kam es auch, daß Müller sich an ihm verging. Desgleichen Meyer, der das Mädchen in seine Laube lockte und es dort unzüchtig berührte. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte die Sache, um noch andere Jungen zu laden.

## „Deutsche Erfindungen!“

Eine „Ausstellung deutscher Erfindungen“ wird vom 13. bis 20. Juni im Werkurhaus, Kochstraße 6-7, eröffnet. Die Ausstellung soll bemerkenswerten Charakter tragen, d. h. es soll auch minderbemittelten Erfindern möglich gemacht werden, an die Öffentlichkeit heranzukommen. Neben großen Erfindungen und Konstruktionen, wie die auf dem Gebiete des Verkehrs liegenden, wird aber auch beachtet, gerade Erfindungen, die Haus, Werkstatt und Bureau betreffen, zu zeigen. Natürlich wird der stürmische Fortschritt der Radiotechnik sich in unzähligen Neuerungen darbieten. Um die Ausstellung auch dem nicht berufsmäßig technisch interessierten Publikum lebenswert zu machen, ist beachtet, neben abendlichen Vorträgen einen Radiobastlerwerb auszusprechen, bei dem Radiomaterial aus mitgebrachtem Material in der kürzesten Zeit einen einwandfrei funktionierenden Empfangsapparat herstellen müssen.

Sobald die Ausstellung einen gewissen Erfolg in bezug auf die Förderung talentierter Erfinder und ihrer Geistesprodukte gebracht hat, gedenkt die Ausstellungsleitung die Ausstellung, wenn auch vielleicht in kleinerem Umfang, zu einer Dauerausstellung zu machen, um vielleicht so eine systematische und methodische Förderung zu erreichen. Allerdings werden den guten Absichten der Ausstellungsleitung auch die Behörden und die Gelehrten nicht nur zu Hilfe kommen, sondern auch folgen müssen. So wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, ist der Erfinder meist der Ausbeutung kapitalstärkterer Leute ausgeliefert; das trifft nicht nur den „freien“, sondern in ebenso hohem Maße auch den im Angebotsverhältnis stehenden Erfinder. Vielleicht kann hier viel helfen, wenn die Regelung des ganzen Fragenkomplexes aus der Hand der Verwaltungsjuristen in die Hände der Techniker gelegt wird. Am besten wird es sein, wenn man die Technik den Technikern überläßt und die Juristen nach bester Möglichkeit ausschaltet.

## Fassadenkletterer's Nach.

Eine unliebsame Entdeckung machte in der vergangenen Nacht ein Kaufmann Hans B. vom Schöneberger Ufer, als er gegen 1 1/2 Uhr von einem Ausgang heimkehrte. B. hatte, als er wegging, ein Fenster seiner Wohnung im 1. Stock offengelassen und sich dabei nichts gedacht. Bei seiner Rückkehr fand er, daß er in seiner Abwesenheit unerbetenen Besuch bekommen haben mußte, denn er sah deutlich einen Lichtschein in seiner Wohnung. Rasch schloß er alle Türen ab, rief das Ueberfallkommando Tiergarten und er selbst hielt Wache. In der Tat war ein Fassadenkletterer bei ihm eingedrungen, der nun seinen Ausgang fand. Das Ueberfallkommando ergriff ihn in der fremden Wohnung, in der er bereits alles durchsucht hatte und stellte ihn als einen 26 Jahre alten „Arbeiter“ Paul Wilhelm fest. Der Ueberfall wurde der Kriminalpolizei vorgeführt.

„Minn von Barthelem“ im Rundfunk. Kein Soldatenstück, aber ein Lustspiel voll tiefer Menschlichkeit. Man soll die Menschen nicht verurteilen. Ist das Lustspiel preußisch? Kaum! aber deutsch. Lessing war Deutscher, Friedericus nur Preuze. Der Kritiker Fritz Engel legt diese Gedanken seiner Einführung zugrunde. Die Uebertragung selbst hatte gute Momente. Vor allem Lucie Mannheim als Franziska. Diese frische Stimme ließ den mimischen Ausdruck nicht vermissen, daneben Patry's Wachtmeister stark, beherrschend, bieder, Ahmanns Riccaut Kadaver in Lumpen, virtuos in der Erweiterung der Sprache. Just und der Wirt blieben blaß. Eberis Teilheim manchmal zu schwer, und Eile Heims gab Ueberbetonungen, bei ihr fehlte Mimik und Geste zur Vollendung der Gestalt.

„Aus der 30jährigen Arbeit der Trepom-Sternwarte“ lautet das Thema des Vortrags, den Herr Dir. Dr. Archenhold in der Trepom-Sternwarte am Mittwoch, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Verein von Freunden der Trepom-Sternwarte unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder und Filme hält. Gäste haben gegen Lösung einer Karte Zutritt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

## Die Katastrophe von Hasloch.

Ueber die folgenschwere Explosion der Pulverfabrik in Hasloch am Main erhalten wir nachfolgenden vom 20. Mai datierten Sonderbericht:

Heute morgen wenige Minuten vor 10 Uhr flog die Pulverfabrik in Hasloch am Main in die Luft. Die Explosion war so stark, daß in dem über einen Kilometer entfernten Dorf Hasloch die Fensterscheiben eingedrückt wurden. In Wertheim, das 6 Kilometer entfernt liegt, war die Erschütterung sehr stark fühlbar. Aus dem Tal, in dem die Pulverfabrik liegt, erhob sich eine gewaltige Rauchsäule. Wenige Minuten nach der Explosion eilten aus den umliegenden bayerischen und badischen Orten Feuerwehren, Hilfspersonal, Aerzte, Privatautomobile zur Bergung der Verunglückten nach Hasloch.

Die Pulverfabrik Hasloch besteht aus einer Reihe von Pavillons und einem größeren Neubau. Sie liegt in einem kleinen Seitental des Mains im Speßart am Waldbesand. Die Explosion, die ausschließlich im Neubau ihren Herd hatte, hat fast die ganze Fabrik zerstört. Ein Patronenschuppen konnte unter Wasser gesetzt werden, so daß eine zweite Explosion vermieden wurde. Der Hauptschlag der Explosion richtete sich gegen den Wald und zerstörte die ersten Baumreihen. Da Windstille herrschte, griff das Feuer nicht um sich.

Die Fabrik beschäftigte 220 Arbeiter, meist Frauen und Mädchen aus der Umgebung. Soweit sich überleben ließ, wurden etwa 100 verletzt, darunter ein großer Teil schwer. Die Verwundeten wurden teils nach dem Wertheimer Krankenhaus, teils nach Stadtprozelten eingeliefert. Nachmittags waren im Wertheimer Krankenhaus 27 meist Schwerverletzte und acht Tote eingeliefert. Trotz vorbildlicher Hilfsbereitschaft war die Bergungsarbeit schwierig, da unter den brennenden Trümmern des Neubaus ein Teil der Arbeiter verschüttet war.

Der Wald ist bis zur halben Höhe des Berges wie von einer Balze umgelegt und durch die gelbbraune Farbe fast nicht mehr als ehemaliger Wald zu erkennen. Ein eiserner Träger von 4 bis 5 Meter Länge liegt weit oben am Berg verbogen wie eine Haarnadel und hat eine Tanne umgedreht. Die Straße und der sonst so schöne Wiesengrund sind mit Steinen und Trümmern überfät, sämtliche Telefonleitungen sind zerstört.

Die Gegend steht unter dem bedeutenden Eindruck der Katastrophe. Es ist wohl kein Ort in der Umgebung, aus dem nicht Familien betroffen worden sind.

Ein schweres Bergwerkunglück ereignete sich nach einer Meldung aus Bedra gestern infolge einstürzender Gesteinsmassen auf den Haselfeldflößen in der Nähe des Dorfes Süh. Zwei Bergleute wurden von den Gesteinsmassen erschlagen, vier weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Raubüberfall auf ein Postamt. In der vergangenen Nacht drangen, nach einer Meldung aus Hamburg, Diebe in das in Bargseeheide gelegene Postamt ein, sprengten den Gelschrank und stahlen etwa 10 000 M. in für 8 000 M. Postwertzeichen sowie vier Rollen Silbermarkstücke und Kleingeld.

Die Neubelebung der ältesten deutschen Eisenbahn. Die erste deutsche Eisenbahn, die von Ludwig I. zwischen Nürnberg und Fürth erbaute Ludwigsbahn, ist ein Opfer der Inflation geworden. Die Aufrechterhaltung des Betriebes war infolge der finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr möglich gewesen. Die Verhandlungen zwischen den beiden Städten, die im Belief der Aktienmajorität der Ludwigsbahn sind, haben nun dazu geführt, diese in veränderter Form auf dem alten Gelände wieder erstehen zu lassen. Die Strecke wird elektrifiziert und darauf ein Schnellbahnerkehr mit Straßenbahnzügen eingerichtet.

Billige Sonderzüge nach Düsseldorf zum Besuch der „Gefole“. Die Reichsbahndirektion wird für die Besucher der vom Mai bis zum Oktober stattfindenden „Großen Ausstellung Düsseldorf 1926“ (Gefole) eine Reihe von Sonderzügen mit 33% Proz. Fahrpreismäßigung verkehren lassen. Solche billigen Sonderzüge sind zunächst von folgenden Städten vorgesehen: Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Königsberg i. Pr., Karlsruhe, Kassel, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Oldenburg und Trier. Der Zeitpunkt des Verkehrs wird noch bekannt gegeben. Bei vorhandenem Bedürfnis und unter der Bedingung, daß sich mindestens 400 Fahrteilnehmer melden, können Sonderzüge mit Fahrpreismäßigung auch von jedem anderen beliebigen Ort veranstaltet werden.

# Gewerkschaftsbewegung

Einheitsverband der Lebensmittelarbeiter.

Urabstimmung vom 6. bis 13. Juni.

Die vom Verband der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Fleischer und der Lebensmittel- und Getränkearbeiter gebildete sogenannte „Größe Kommission“ hat den Termin der Urabstimmung über den Zusammenschluss der drei Organisationen zu einer Einheitsorganisation auf die Woche vom 6. bis einschließlich 13. Juni festgelegt. Abgestimmt wird über die in den einzelnen Verbandsorganen veröffentlichten Grundzüge des Aufbaues und der Verfassung des neuen Verbandes. Ergibt die Abstimmung eine Mehrheit für die Verschmelzung der drei Verbände zu einer Organisation, so werden den Verbandsmitgliedern ihre Mitgliedschaft, Beiträge sowie die ihnen gezahlten Unterstützungen nach den Satzungen des neuen Verbandes angerechnet. Die Abstimmungsresultate müssen bis zum 21. Juni in den Händen der Verbandsvorstände sein. Später eingehende Resultate finden keine Berücksichtigung mehr. Das Abstimmungsreglement ist in den Verbandszeitungen veröffentlicht. Die Kommission erwartet, dass sich alle Mitglieder angesichts der Wichtigkeit der Verschmelzungsfrage an der Urabstimmung beteiligen werden.

## Gaulenferenz des Zentralverbandes der Angestellten.

Am 15. und 16. Mai fand in Reutzhilf die Gaulenferenz des Gauverbandes Brandenburg-Mecklenburg statt, die aus fast allen Orten des Gauverbandes jährlich besucht war.

Der Gaulenferenz teil gab einen ausführlichen Bericht über die umfangreiche Tätigkeit des vergangenen Jahres. Hervorzuheben ist besonders die erfolgreiche Mitgliederzunahme, die als ein Zeichen des unerschütterten Vertrauens zur Organisation zu bewerten ist. Der Tätigkeit der Gaulenferenz und aller übrigen Verbandskörperungen wurde in der umfangreichen Besprechung des Berichtes volle Anerkennung gezollt.

Sodann sprach Rogan vom Verbandsvorstand in einem großzügigen Referat über die deutsche Wirtschaft. Seine Ausführungen schlossen mit dem Hinweis, dass vom deutschen Unternehmertum nicht zu erwarten ist, dass es freiwillig die deutsche Wirtschaft vernünftigerweise umgestaltet. Durch unseren Zusammenschluss in starken Organisationen und Ausnutzung unserer staatsbürgerlichen Rechte müssen wir die Unternehmer dazu zwingen, aus der heutigen Wirtschaftsordnung herauszukommen und unsere Forderungen anzuerkennen, in der Wirtschaft nicht nur mitzuarbeiten, sondern auch mitzubestimmen.

Der zweite Tag begann mit einem Vortrag des Gaulenferenz über die Jugendarbeit. Trotz aller Hemmnisse durch falsche Erziehung und starke Beeinflussung durch die Arbeitgeber wächst unser Einfluss in der Jugend in immer stärkerer Weise. Die Delegierten bekräftigten in ihren Ausführungen diese Forderung und bewiesen durch Beispiele, dass heute in den kleinsten Orten unsere Tätigkeit die verdiente Anerkennung findet.

Nach Besprechung rein geschäftlicher Angelegenheiten und Vornahme der Wahlen zur ehrenamtlichen Gaulenferenz und den Gaulenferenzgruppenleitungen wurde die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen „Hoch“ auf den Zentralverband der Angestellten geschlossen.

## Jahresversammlung des A.D.B. Berlin.

Die ordentliche Vertreterversammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Ortsausschuss Groß-Berlin, fand Mittwochabend im Ruppelsaal der Brauerei Pfefferberg, Schönhauser Allee 176, statt. Den Geschäftsbericht erstatteten der Vorsitzende des Ortsausschusses Körber und der Geschäftsführer Steffelbauer, der feststellen konnte, dass die Mitgliederzahlen im letzten halben Jahre in erfreulicher Weise im Steigen begriffen sind. Rogan vom Bundesvorstand beleuchtete die augenblickliche Situation und zeigte die Zusammenhänge zwischen den Beamtenforderungen und der Wirtschaftskrise.

Nach ausgiebiger Debatte wurde Körber (Allgemeine deutsche Postgewerkschaft) als 1. Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. In den Geschäftsführenden Vorstand wurden ferner wiedergewählt: Weidmann (Einheitsverband der Eisenbahner), Senger (Butab), Wohlfahrt (Deutscher Werkmeisterverband), Feilerabend (Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner) und Steffelbauer als Geschäftsführer. Der neu gewählte Vorstand bildet gleichzeitig den Vorstand des Provinzverbandes Berlin-Brandenburg des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

## Die Gewerkschaften im Rundfunk.

Es ist erfreulich, dass auch gewerkschaftliche Fragen und Probleme in letzter Zeit im Rundfunk bismehreren in Plätzen finden. Die volkswirtschaftliche, soziale und hygienische Bedeutung gewerkschaftlicher Forderungen, ihre Grundlagen und ihre Ziele werden damit einem breiten Publikum nähergebracht, und es ist zu hoffen, dass so das Verständnis dafür auch in jenen Hörern geweckt wird, die sich sonst diesen Fragen fern halten oder sich gar hoffentlich nur aus Unwissenheit — ablehnend zu ihnen stellen.

Gehr lehrreiche und verständnisvolle Ausführungen gab am Donnerstagabend der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes, Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser über „Die Bedeutung ausreichender Freizeit für die Gesundheit und den kulturellen Aufstieg eines Volkes“. Er zeigte in seinem Vortrage den Weg, konkurrenzfähige Ware für den Weltmarkt zu schaffen, indem man hochwertige Arbeitskräfte sich erzieht. Denn Deutschland kann nicht wie Amerika sein Heil in dem Export von Massenartikeln finden, sondern es muss Qualitätsware liefern; das ist aber nur möglich, wenn die mechanisierte Arbeitsweise von denkenden Köpfen ausgeführt wird, die Sinn und Zusammenhang ihrer Arbeit begreifen. Darum ist wichtig Freizeit zur Fortbildung, zur Erweiterung des allgemeinen Wissens, vor allem aber auch zur Ruhe und Erholung. Nur so löst sich die Schaffensfreude in den Menschen, die sie instand setzt, tatkräftig an der Befundung der Wirtschaft und der Erneuerung der Kultur mitzuarbeiten.

## Nach dem englischen Streik.

London, 21. Mai. (W.T.B.) In einer Rede über den Generalfreistrike erklärte der Staatssekretär des Innern Sir Johnson Hills u. a.: Nachdem das Gespenst des Generalfreistrikes ein für allemal entlarvt worden ist, wird manches in der Zukunft viel leichter sein. Unbedingt notwendig ist es jedoch, dass die Bünden sobald wie möglich wieder geheilt werden. Man muss zusammen leben und zusammen arbeiten; Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen harmonisch zusammenwirken. Nachdem die Wolke verwichen ist, besteht jetzt eine wunderbare Gelegenheit für eine Besserung der Lage. Einige Mitglieder der konservativen Partei hatten den Wunsch, nunmehr die Gewerkschaftsbewegung hart anzufassen. Dies entspricht jedoch nicht der Ansicht der Regierung. Bei einem Premierminister wie Baldwin können die Gewerkschaftsangehörigen vollkommen sicher sein, dass kein Versuch gemacht werden wird, ihre rechtmäßige Stellung und ihren Einfluss im Lande zu zerstören. Die Regierung will jedoch nicht, dass das Land wiederum der Gefahr eines plötzlichen allgemeinen Streikes ausgelegt wird. Andererseits hat aber die Regierung auch die Pflicht, die von ihr zu treffenden gesetzlichen Maßnahmen nicht überholt zu treffen.

Wie verlautet, haben die Grubenbesitzer heute über die Beantwortung der Vorlage Baldwins einen Beschluss gefasst. Die offizielle Antwort soll morgen vormittag dem Premierminister übermittelt werden.

## Die Regierung und die Streifgelber.

Auf eine scharfmacherische Anfrage im Unterhaus, was die Regierung zu tun gedenke, um die Auszahlung der russischen Streifunterstützung von 2.600.000 Goldrubel an die Gewerkschaften zu verhindern, erklärte der Staatssekretär des Innern, dass die Regierung zweifellos die ihr aus den Bestimmungen über den Ausnahmezustand zustehenden Rechtsmittel angewendet haben würde, wenn es sich darum gehandelt hätte, Gelder, die zur Unterstützung des „ungezüglichen“ Generalfreistrikes ins Land kämen, zu beschlagnahmen. Der Streik der Bergarbeiter sei jedoch zweifellos ein wirtschaftlicher Kampf. Wenn andererseits die Gewerkschaften heute Gelder von ausländischen Organisationen nähmen, um die Streifgelber bei ihren Mitgliedern zu lindern, so könnte dies die Regierung nicht verhindern.

Es wäre ja auch noch schöner, wenn die Regierung sich derzeit in die Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischen wollte.

## Streik der Pariser Friseurgehilfen.

Paris, 21. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Friseurgehilfen haben in einer am Donnerstag taggetagenden Sitzung, an der etwa 15.000 Mann teilgenommen haben, beschlossen, den Streik zu proklamieren. Der Beschluss soll heute morgen in Kraft treten.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Gellert; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Gahrman; Revisionen: R. S. Müller; Solches und Sonstiges: Erik Rothardt; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornström-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornström-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 2.

**Kleidersagen: „GW“**

**Kleidungstragen!**

<b>Sacco-Anzüge</b> sehr haltbare Cheviot- Qualität, neue Muster <b>36.- 39.-</b>	<b>Sport-Anzüge</b> besonders haltbare Qua- lität, auch mit zwei Hos <b>39.- 49.-</b>
<b>Sacco-Anzüge</b> Gabardine und Kammgarn- art, neue Designs <b>49.- 54.-</b>	<b>Sport-Anzüge</b> aus dauerh. Chev. u. Whip- cords m. ig. od. Broch.-Hose <b>54.- 65.- usw.</b>
<b>Sacco-Anzüge</b> gute Cheviot, Gabardine u. Kam- garn-Qualitäten, viele neue Details <b>65.- 79.-</b>	<b>Breeches</b> viele Muster, nur besonders haltb. Qual., auch Menchest. <b>9.50 14.- usw.</b>
<b>Sacco-Anzüge</b> bes. gut in Qual. u. Verarb., auch in feiner Sportform <b>85.- 98.-</b>	<b>Windjacken</b> impregniert, in reicher Wahl, schöne, praktische Farben <b>9.50 11.90 usw.</b>
<b>Sacco-Anzüge</b> Blau, 1- und 2-reihige Form, reinwoh. Kammgarn <b>78.- 95.-</b>	<b>Wasch-Anzüge</b> für Knaben, Kadett- stoff, Kieler Form, in Größe 0 <b>5.85 4.90 usw.</b>

Durch eigene Fabrikation  
niedrige Preisstellung!

**Gottlieb Weiss**  
**GW**  
KLEIDUNG  
Billig  
und  
gut  
**SCHNEBERG HAUPTSTR 161**

**Gardinen!**  
Sonderangebote  
und  
Gegengabe: skizze

Künstler- Gardinen	2.90
Madras- Gardinen	4.-
Stores	2.20
Bettdecken 1-bettig	4.-
Bettdecken 2-bettig	8.-

Spez.-Gardinenwerkst.  
**Neukölln,  
Bergstr. 67**  
am Fernbahnhof  
Kein Laden!

**Ischias**

schmerzhaft  
ist für  
schwere Fälle beson. wichtig. Ganzschmerz-  
beseitigung und Schmerzl. ärztl. empfohlen.  
Lindenstraße 106, 9-11, 1-4, Sonntag 10-12, 12-1

**Alles auf Teilzahlung!**  
Bei sofortiger Aushändigung!

Herren-Anzüge	Damen-Kostüme
Palefots, Gummimäntel	Mantel-Kleider
Burschen- u. Knabenanzüge	Blusen, Röcke
Leib- und Bettwäsche, Gardinen usw.	

**Bequeme An- und Abzahlung**  
**Bekleidungshaus „Berolina“**  
Frankfurter Allee 852 Laden. Halbesche Köpplinger Straße.

**In riesiger Auswahl**

Künstler-Garnituren	weiß, 10.-	3.60
Künstler-Garnituren	bunt, 7.-	5.-
Dunkel Madras-Falt.-Garn.	12.-	9.-
Halbstores	8.-	6.-
Bettdecken	1- und 2-bettig	alle Preislagen
Steppdecken	dooppesichtig	17.50
Gobelin-Tischdecken	22.75	16.-
Gobelin-Divandecken	30.-	24.-
Teppiche	2 mal 3 Meter	125.-
Läuferstoffe	95.-	65.-
Vorleger	pro Meter	2.00 an

Alle Waren ohne Aufschlag bei  
Teilzahlung. Lieferung im Anschluss!

**Auf Teilzahlung**

Herren- und Garderobe  
Knaben-  
Sportpaletots, Gabardine-  
und Gummi-Mäntel

**MÖBEL**  
Schlafzimmer, Küchen,  
Schränke, Metallbetten, Sofas,  
Chaiselongues

**Antel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz

**Schenk!**  
Bücher zu jedem  
Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
Lindenstraße 2.

**J. Boier**  
BERLIN N  
BADSTR. 26  
ECKE PRINZEN-ALLEE

Spezialhaus für Herren- u.  
Knabenbekleidung  
Die Maß-Abtlg. unter Leitung be-  
währter Schneider, bietet Gewähr für  
elegante Sitz u. gute Verarbeitung  
Gummi- u. Lodenmäntel  
Sport- u. Berufskleidung

Große Auswahl in Hüter-, Leinen-, Tennis- u. sonstiger Sommerkleidung

**Berliner Prater**  
An beiden Pfingstfeiertagen  
**Frühkonzert und Vorstellung**  
Kaffeekochen \* Tanz  
Eintritt 50 Pfg. \* Eröffnung 5 Uhr \* Anfang 6 Uhr

**Besonders billig!**  
wirksam sind die  
KLEINEN ANZEIGEN  
in der Gesamtauflage  
des „Vorwärts“ und

**Billige Pfingstangebote**  
in  
**Herren-  
Kleidung**

**FABISCH**  
1871

Herren-Anzüge	aus traufähigen Cheviot- Gabardine- u. Kammgarn- ähnlichen Stoffen auf Rollen	28.-
Herren-Anzüge	aus Kammgarn- u. Gabar- dine-Stoffen in hervor- ragender Ausmusterung	49.-
Sport-Anzüge	mit langer und kurzer Hose	39.-
Gabardine-Mäntel	d. hell- u. dunkel, Form	39.-
Covercoat-Paletots	in vielen Farben	45.-

**PHILIPP Fabisch**  
BERLIN-N. S. ROSENTHALER STR. 1  
SPEZIAL-HAUS FÜR HERREN UND KNABENKLEIDUNG  
Am Rosenthaler Platz 1 - Rosenthaler Straße 1

**Baugenossenschaft Bürgerwalde I. M.**  
G. m. b. H.  
Einladung zur  
**Generalversammlung**  
am Sonntag, d. 30. Mai 1926, nach-  
mittags 2 Uhr, in der Bahnhofs-  
Raum in Röhrichtstr.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes der General-  
versammlung vom 27. September 1925.  
2. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates.  
3. Bekanntgabe und Genehmigung der  
Bilanz sowie Gewinn- und Verlust-  
rechnung für 1925.  
4. Entlohnung des Vorstandes.  
5. Entlohnung des Aufsichtsrates.  
6. Rechnungslegung über die Liquidation  
der Genossenschaft.  
7. Wahl von Vorstandes- und Aufsichtsrats-  
mitgliedern.  
8. Beschlüsse.

Die Bilanz per 31. 12. 1925 liegt in  
Recht der unterm Vorhandenheitliche  
G. m. b. H. in der Geschäfts-  
stube in Röhrichtstr. beim 1. Vorsitzenden  
nach der Einlassung für die  
Mitglieder von Sonntag, den 21. Mai 1926,  
ab aus.

Mit genehmigtem Beschluss  
Baugenossenschaft Bürgerwalde I. M. G. m. b. H.  
Paul Engel, W. Wahl.

**Bilanz per 31. Dezember 1925.**

Risiko-Rente	4.385,43	Geldbesitz	1.270,-
Risiko-Rente	300,-	Reinerlös	1.742,31
Gewinn-Rente	422,65	Risiko-Rente	1.742,31
Wertung- und Sicherung-Rente	2,40	Risiko-Rente	210,-
Jahres-Rente	1,-	Beitragsrente	258,-
Risiko-Rente	998,-		
Geldbesitz	250,-		
Geldbesitz	175,-		
Verlust	1.348,43		
	4.385,43		4.385,43

**Gewinn- und Verlust-Rente**

Gewinn-Rente	4.385,43	Risiko-Rente	4.069,34
Verlust-Rente	250,-	Gut Röhricht	318,-
	4.069,34	Verlust	1.248,59
	4.069,34		4.069,34

**Baugenossenschaft Bürgerwalde I. M.**  
G. m. b. H. zu Berlin  
Paul Engel, W. Wahl.

**Auf Teilzahlung**

Herren- und Garderobe  
Knaben-  
Sportpaletots, Gabardine-  
und Gummi-Mäntel

**MÖBEL**  
Schlafzimmer, Küchen,  
Schränke, Metallbetten, Sofas,  
Chaiselongues

**Antel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz